

KURZ NOTIERT

von Lisa Hesse

Die Autorin arbeitet für die ACT Alliance und war vorher für die Raks Thai Foundation in Bangkok und Südthailand tätig.

Ministerium will Gespräche über Freihandelsabkommen reaktivieren

Das thailändische Handelsministerium will die auf Eis gelegten Gespräche zum Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union (EU) wieder aufnehmen. Vertreter der EU hatten diese auf Grund des Coups, bei dem die ehemalige Premierministerin Yingluck gestürzt und die Militärregierung die Macht übernommen hatte und der damit einhergehenden politischen Instabilität in 2014 suspendiert. Seit Januar 2015 ist für über 6.200 thailändische Produkte das »Allgemeine Präfe-

renzschema«, welches bestimmte Exportwaren zolltechnisch gegenüber gleichen Waren aus anderen Herkunftsländern begünstigt, weggefallen. Einfuhrzölle für den europäischen Markt werden nun zum Teil für bestimmte thailändische Waren verdreifacht. Daher hat das thailändische Ministerium großes Interesse daran, die Gespräche schnellstmöglich wieder aufzunehmen und die gestiegenen Exportzölle durch ein Freihandelsabkommen auszugleichen. Besonders betroffen ist

der Export von rohen Shrimps und Thunfisch. Bereits Ende 2013 protestierten zivilgesellschaftliche Gruppen gegen ein etwaiges Freihandelsabkommen, da sie auf Grund des Abbaus nichttariflicher Handelshemmnisse und Zölle Preisanstiege bei Medikamenten, Saatgut und landwirtschaftlichen Produkten fürchten. Sollten die Gespräche nun reaktiviert werden, könnte es zu erneuten Protesten kommen.

The Nation Multimedia 5.1.2015

Kontrollen gegen Menschenhandel

Thailändische Großkonzerne, unter anderem Charoen Phokphand Foods (CP), in der Shrimps-Industrie tätig, waren im vergangenen Jahr in die Kritik geraten. Ihnen wurde vorgeworfen, Menschenrechte ihrer Arbeitnehmer zu missachten und Arbeitszustände bei ihren Zulieferern nicht zu kontrollieren. Besonders die nichtregistrierten Arbeitsmigranten waren meist über Mittler gehandelt und unter menschenunwürdigen Bedingungen in der Fischindustrie eingesetzt worden. Thailand war unter anderem auch

aus diesem Grund vom amerikanischen Außenministerium als eines der schlimmsten Zentren des Menschenhandels benannt worden. Neben der Regierung versprechen nun auch Großkonzerne, gegen Menschenhandel vorzugehen. So will CP zukünftig nur mit Zulieferern zusammen arbeiten, die Buch über ihre Arbeitnehmer und die jeweiligen Schichten führen und regelmäßige Kontrollen erlauben. Auch der Generaldirektor der Thai Union Group, eines weiteren Lebensmittelkonzerns, fordert eine schärfere Kontrolle der

Zulieferer und geringere Gewinnspannen für diese, um illegalen Praktiken vorzubeugen. Regierungsvertreter wollen mit höheren Strafen und 700 zusätzlichen Beamten gegen Menschenhandel vorgehen. Inwieweit Industrie und Regierung gemeinsam vorgehen und somit die Arbeitsbedingungen für nichtregistrierte Migranten verbessern, hängt jedoch auch maßgeblich von der Bekämpfung der Korruption ab sowie von verbesserten Rechtsgrundlagen für Migranten unter thailändischem Recht.

Reuters 13.1.2015

Anklage gegen Yingluck

Die ehemalige Premierministerin Yingluck Shinawatra muss sich ab Mitte Januar 2015 vor Gericht für die ihr vorgeworfene Vernachlässigung ihrer Amtspflichten verantworten. Das sogenannte Reissubventionsschema hatte in 2014 zu millionenschweren Verlusten geführt und Reisbauern geschädigt, da regionale Anbieter die von der thailändischen Regierung künstlich in die Höhe getriebenen Preise unterboten und somit ihren Reis verkaufen konnten, während Thailand im weltweiten

Reisexport drastisch abfiel. Gegner der Yingluck-Regierung verurteilten die Reispolitik als weiteres Indiz für die Vetternwirtschaft und den politischen Alleingang der Shinawatra-Familie. Sollte es in einem zweiten Schritt zur Verurteilung Yinglucks kommen, darf sie für einen Zeitraum von fünf Jahren keine politischen Ämter bekleiden und es droht ihr eine Gefängnisstrafe von bis zu zehn Jahren. Allerdings könnte eine Verurteilung auch neue Proteste von Seiten ihrer Befürworter, der

sogenannten »Rothemden«, verursachen. Diese würden unter dem derzeit geltenden Kriegsrecht als politisch motiviert eingestuft und somit verboten werden. Die Militärregierung unter Prayuth Chan-O-Cha sieht nicht vor, vor dem Jahr 2016 Neuwahlen anzuberaumen und kann somit jegliche politische Bewegungen und Proteste verbieten und gegebenenfalls auch aktiv eingreifen.

Bangkok Post 19.1.2015